Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 47

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Religion

UdSSR

Zunehmende Unsicherheit der Parteipropaganda

Im Laufe der Jahre war die kommunistische Kirchenpolitik ständig Schwankungen unterworfen: von der brutalsten Verfolgung der Gläubigen und physischer Vernichtung der Geistlichen bis zur Verbeugung offizieller Regierungsvertreter vor den orthodoxen Kirchenfürsten, von der Beschuldigung des Vatikans, in der Sowjetunion subversiv zu wirken, bis zur Anerkennung des Papstes als Friedensträger.

In allen Untersuchungen über die Lage der Kirche in der Sowjetunion bzw. über den antireligiösen Kampf der Kommunisten wird auf diese Schwankungen hingewiesen, die bis jetzt mit Recht als Beweis der Doppelzüngigkeit und dialektischen Spitzfindigkeit bewertet wurden.

Die Entwicklung der sowjetischen Kirchenpolitik in den letzten Jahren, zahlreiche Presseberichte über den Stand der atheistischen Propaganda und andere Hinweise, erlauben die Feststellung zu machen, dass die heutigen Widersprüche und Schwankungen in der Kirchenpolitik nicht nur die gewohnte Doppelzüngigkeit und taktische Tricks sind, sondern durch das Fehlen einer klaren Konzeption gegenüber der Kirche und der Religion bei der Partei, durch die Unsicherheit und Ratlosigkeit bedingt sind.

In den meisten Presseartikeln und Abhandlungen über die atheistische Propaganda bzw. über die Erfolge der Kirche in der Sowjetunion werden folgende Punkte hervorgehoben:

1. Die Geistlichen sind heute sehr beweglich und wenden «modernste Methoden» bei der Verbreitung des Glaubens an.

2. Die grosse Mehrheit des Volkes verhält sich durchaus loyal den religiösen Bräuchen und den Gläubigen gegenüber.

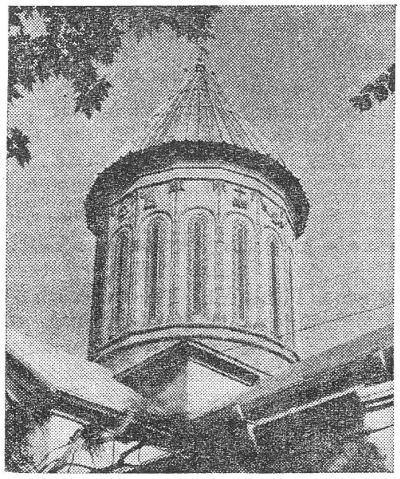
3. Die Qualität der atheistischen Propaganda sei absolut ungenügend.

Nach dem Gottesdienst

Die «modernsten Methoden» bestehen zum Beispiel darin: «Die Geistlichen sitzen nicht mit den Händen im Schoss, sondern sind sehr aktiv tätig. Sie kleiden die Religion in ein neues Gewand, das unserer Zeit besser entspricht, und versuchen die Gläubigen davon zu überzeugen, dass die Religion der Sache des Kommunismus nicht schadet, sondern ihr hilft, dass der Kommunismus als Weltanschauung mit der Religion gut koexistieren kann... Sie weichen den Fragen der Gläubigen nicht aus und haben Erklärungen für alle Erscheinungen des Lebens, Entdeckungen der Wissenschaft, sogar solchen wie die Eroberung des Weltalls...» («Komsomolskaja Prawda», 14. Juni 1963.)

Neidvoll gibt die Parteipropaganda zu, dass der Erfolg der Kirche zum grossen Teil darauf beruht, dass ihre Vertreter sich nicht vom Volk distanzieren, sondern unter die Menschen gehen, wo sie «die Leidenden suchen und sich ihrer annehmen» («Literaturnaja Rossija», 17. Mai 1963), womit sie das Vertrauen der Menschen gewinnen.

Dass ein grosser Teil der Bevölkerung sich zur Kirche tolerant und loyal verhält, beweisen zahlreiche Zeitungsartikel und Literaturwerke der letzten Jahre: «Ikonen gibt es in den Wohnungen vieler intelligenter Leute, Komsomolzen und sogar Parteimitglieder. Einige von ihnen nehmen an den religiösen Zeremonien teil.»



«Prawda» schreibt zu diesem Thema: «Lehrer und Ingenieure lassen sich taufen und kirchlich trauen, auch junge Arbeiter und Kolchosebauern, unter ihnen auch Komsomolmitglieder...»

Besonders peinlich ist für die Partei die Haltung vieler bekannter Gelehrter, die sich weigern, in die wissenschaftlich-atheistische Propaganda eingespannt zu werden. Mit Erbitterung stellt «Komsomolskaja Prawda» fest, dass die Geistlichen in ihren Predigten diese Tatsache geschickt ausnützen, indem sie sagen: «Seht, ernste Leute unter den Gelehrten treten nicht gegen die Religion auf.»

Ueber die Unzulänglichkeit der atheistischen Propaganda kann man buchstäblich in jedem Artikel zu diesem Thema lesen, wobei vor allem die Qualität der Propagandisten bemängelt und das Fehlen einer konsequenten kämpferischen Haltung gegenüber der Religion im ganzen und nicht bloss gegenüber den Sekten festgestellt wird. In diesem Zusammenhang berichtet «Komsomolskaja Prawda» über einen Atheistenpropagandisten, der in seinem Bericht mit Stolz darauf hingewiesen hatte, dass eine Frau infolge seiner Aufklärung «die Baptistenkirche verliess und zur orthodoxen Kirche zurückkehrte».

Es ist auch bezeichnend, dass in jedem zweiten Artikel über die atheistische Propaganda die Atheisten aufgefordert werden, endlich von der Defensive (!) zur Offensive überzugehen.

Neben diesen Zeugnissen der Ohnmacht der Partei in ihrem Kampf gegen die Religion gibt es anderseits deutliche Beweise für die Bemühungen der Partei, die Verbreitung der Religion einzudämmen. Bekanntlich sieht das im Juli 1962 in Kraft getretene neue Strafgesetzbuch schwere Strafen für «Organisation religiöser Gruppen, ihre Leitung und aktive Teilnahme daran» vor.

Trotz dieser Legalisierung des Kampfes gegen die Gläubigen nimmt aber ihre Zahl ständig zu, und man vermisst eine deutliche konsequente Haltung der Kirche gegenüber. Denn gleichzeitig mit der Forderung Iljitschevs am letzten Juni-Plenum der Partei: «Man muss der Religion eine kämpferische, offensive wissenschaftlich-atheistische Propaganda gegenüberstellen, denn... die Religion ist der Hauptfeind der wissenschaftlichen Weltanschauung in unserem Land», schreibt «Komsomolskaja Prawda»: «Man stellt die übertriebene Anwendung der administrativen Strafmassnahmen fest, was der Sache der kommunistischen Erziehung der Werktätigen schadet, denn Fäuste — sind schlechte Gehilfen in der antireligiösen Tätigkeit.»

Natürlich ist die offensichtliche Neuorientierung der sowjetischen Politik gegenüber dem Vatikan (Besuch Adschubejs, Begrüssungstelegramme an Papst Johannes XXIII. und Papst Paul VI. und die Würdigung der Tätigkeit des Papstes Johannes in der sowjetischen Presse) ein politischer Schachzug, es scheint aber, dass angesichts der allgemeinen Verwirrung, die heute in Fragen der Kirchenpolitik in der Sowjetunion herrscht, die Haltung des Vatikans im Sinne des Eintretens auf diese neue Politik gar nicht so kurzsichtig war, wie das von vielen westlichen Kommentatoren festgestellt wurde.

Es ist klar, dass die heutige Haltung Moskaus dem Vatikan gegenüber einen grossen positiven Einfluss auf die Lage der Kirche und der Gläubigen in der Sowjetunion hat, und die weiteren Folgen der jetzigen Unsicherheit in Fragen der Kirchenpolitik sind noch nicht abzusehen.

Wirtschaft

SBZ

Fälschung von Zahlen

Das Organ des Zentralrates der kommunistischen Jugendorganisation, «Junge Welt» (Ost-Berlin, 31. Oktober 1963), begründet in seiner Antwort auf einen Leserbrief die sowjetischen Weizenkäufe wie folgt:

Die sowjetische Weizenproduktion betrug im Jahre 1963 «trotz Frost und Dürre immerhin noch 32 Millionen Tonnen». Wenn man zu der diesjährigen Ernte auch die Weizenkäufe aus dem Westen hinzurechnet, «so stehen der UdSSR in diesem Jahr rund 60 Millionen Tonnen Getreide zur Verfügung, eine Menge, über die sie nie verfügte und wie sie der Plan erst für 1965 vorsieht».

In dieser Argumentation ist jene Tatsache interessant, dass die diesjährige sowjetische Weizenproduktion nur 32 Millionen Tonnen erreicht hat, eine Zahl, die bisher noch nicht veröffentlicht wurde. Da die vorjährige Weizenernte in 70,6 Millionen Tonnen angegeben wurde, bedeutet das soviel, dass im laufenden

Fortsetzung nach Beilage, Seite 3

Jahr um 54,7 Prozent weniger geerntet wurde. Um diesen niedrigen Ertrag doch als einen Erfolg hinstellen zu können, wurden einfach falsche statistische Daten angeführt. In der folgenden Tabelle stellen wir die Angaben der «Jungen Welt» und jene des Wirtschaftsjahrbuches 1962 der Sowjetunion einander gegenüber.

Sowjetische Getreideproduktion (Mio Tonnen)

	«Junge Welt»	Wirtschaftsjahrbuch der UdSSR
1953	31,1	82,5
1959	46,6	125,9
1960	46,8	134,4
1961	52,0	138,0
1962	54,0	147,5*

Sowjetische Weizenproduktion (Mio Tonnen)

	«Junge Welt»	Wirtschaftsjahrbuch der UdSSR
1953	19,2	41,3
1959**	32,0	66,6
1961**	32,0	66,6
1962	40,0	70,6*

* = Planbericht «Prawda», 26. 1. 1963, S. 1
** = Jahresdurchschnitt

Im Siebenjahresplan (1959—1965) ist die Getreideproduktion für 1965 nicht mit 60 Millionen Tonnen angegeben, wie es die ostdeutsche Zeitung behauptet, sondern mit 164 bis 180 Millionen Tonnen.

Es ist nicht anzunehmen, dass in der SBZ die sowjetischen Statistiken nicht zugänglich wären. Die Erntezahlen wurden bewusst herabgesetzt, um den Misserfolg der in der SBZ-Presse ständig gepriesenen und als Beispiel dargestellten sowjetischen Landwirtschaft zu vertuschen. Dieses Bestreben geht aus der folgenden Behauptung des Artikels klar hervor:

«Vergleicht man die Getreideernte dieses Jahres mit derjenigen von 1953, so zeigt sich, dass sie in den 10 Jahren um rund 50 Prozent stieg. Damals, 1953, faselte niemand von Hungersnöten. Warum sollte ausgerechnet 1963, wo die UdSSR aus eigenem Aufkommen über 15 Millionen Tonnen mehr erntete, Hunger herrschen?»

Soziales

Ungarn

14-Stunden-Tag für 14jährige

Wie aus einer Sendung von Radio Budapest hervorgeht, müssen manche ungarische Schulkinder im Verlaufe ihrer «praktischen Ausbildung» 12 und manchmal sogar 14 Stunden auf den Feldern arbeiten.

Die Radiostation erhielt einen Brief von einer höheren Fachschule für den Gartenbau in Budapest, in dem es hiess, dass die 14- und 15jährigen Schüler dort so lange arbeiten müssten.

Die Radiostation schickte einen Reporter in die Schule. Er erfuhr von einem jungen Mädchen, dass es bereits um 5.30 Uhr mit der Arbeit begonnen habe. Zuerst musste es die Pferde striegeln, dann half es beim Transport von Blumen. Anschliessend ging es auf ein Kollektivgut zum Pflügen, nachher führte sie die Pferde eine halbe Stunde herum. Nachmittags wurde weitergepflügt, um 15.30 Uhr führte sie die Pferde zurück in den Stall. Dann musste sie noch Futter in den Stall bringen und konnte endlich nach Hause gehen, um sich für den Unterricht des nächsten Tages vorzubereiten.

Die Schulleiterin berichtete dem Reporter, sie sei «entsetzt» über diesen Brief und versicherte, dass die Schüler keinesfalls überfordert würden.

Radio Budapest aber vertrat die Meinung, ein 8-Stunden-Tag auf dem Feld sei genug für Kinder dieses Alters und kritisierte ein Dekret des Landwirtschaftsministeriums, das die Einzelheiten der praktischen Ausbildung regelt.

Kultur

Polen

Theater wollen keine Politik

Wie ein Regierungsvertreter mitteilte, mussten die polnischen Theater dazu «überredet» werden, mehr Stücke «politischen, philosophischen und ideologischen Inhalts» auf den Spielplan zu setzen.

Diese Feststellung stammt von Jerzy Jasiensky aus dem Ministerium für Kultur und Kunst, der für Angelegenheiten des Theaters zuständig ist, und fand sich in einer Ausgabe der Zeitschrift «Kultura», die soeben bei RFE eingegangen ist.

Die Spielplanänderungen sind eine Folge der im Juli abgehaltenen Plenarsitzung des ZK der polnischen KP, die sich ausschliesslich mit Fragen der Ideologie befasste und auf der die Forderung nach strengerer Orthodoxie erhoben worden war.

Jasienski schrieb, das Programm für diese Spielzeit sei von vier Punkten bestimmt:

Verstärktes politisches Repertoire;

Betonung des Entstehens des polnischen kommunistischen Staatswesens;

Hervorhebung patriotischer, kriegsfeindlicher und antifaschistischer Themen;

mehr Schauspiele aus der UdSSR und den anderen Ostblockstaaten und eine «gerechte Auswahl» der, wie sich Jasienski ausdrückte, «wertvollen westlichen Stücke».

Insgesamt stehen 542 Stücke auf dem Spielplan, davon 250 klassische und 292 moderne. Ein Drittel dieser Stücke stammen aus dem Westen, der Anteil des Westens an den modernen Schauspielen beträgt aber nur 21,6 Prozent.

Fast die Hälfte aller Stücke stammen von einheimischen Autoren (49 Prozent), 17,1 Prozent sind sowjetischen Ursprungs, die restlichen 12,3 Prozent stammen aus den anderen kommunistischen Ländern.

Unser Memo

Lee Harvey Oswald, der als Mörder Kennedys praktisch überführt war, wird nicht vor Gericht gestellt werden. Zwei Tage nach seiner mutmasslichen Tat wurde er von einem fanatischen Verbrecher, der sich zur Lynchjustiz berufen fühlte, umgebracht.

Damit aber kann der Fall Oswald nicht ad acta gelegt werden. Seine Person und sein Motiv werden die Oeffentlichkeit beschäftigen. Es besteht die Gefahr, dass die verantwortungslose, unsinnige Tat, die schon so unglaublich auf das Weltgeschehen eingewirkt hat, einer Reaktion ruft, die sich von ihrem Geist anstecken lässt: dem Hass (wie er im Mord am Mörder zutage trat). Aber wir dürfen nicht zulassen, dass dem Mörder der Triumph widerfahre, mit seinem Anschlag nicht nur den Mann getötet zu haben, der den Willen Amerikas und der freien Welt am stärksten verkörperte, sondern darüber hinaus der Triumph, diesen Geist selbst angeschossen zu haben.

Oswald war nach seiner eigenen Darstellung Kommunist. Er lebte von 1959 bis 1962 in der Sowjetunion. Er gehörte ebenfalls nach eigener Aussage später dem castrofreundlichen Komitee «Fair Play for Cuba» an (was in der betreffenden Organisation übrigens bestritten wird, wie auch die amerikanische KP von seiner Mitgliedschaft nichts wissen will).

Es ist wohl kaum zu bezweifeln, dass ein solches Verbrechen mit einer fanatisierten kommunistischen Ueberzeugung zusammenhängen kann, wie es auch mit fanatisiertem Rassenhass hätte zusammenhängen können. Soweit ist die Feststellung zulässig und vielleicht in mancher Hinsicht heilsam.

Unzulässig und schädlich aber wäre es, daraus eine nötige Aenderung in den politischen Beziehungen zu den kommunistischen Staaten ableiten zu wollen. Wie immer es um die ideologischen Beeinflussungen Oswalds bestellt gewesen sein mag, er handelte nicht im Auftrag des Kremls. Moskau wäre es bestimmt nicht daran gelegen, seine eben geprüften und dringend benötigten Wirtschaftsbeziehungen mit den USA in Frage zu stellen, sich während seines Konfliktes mit China eine neue starre Front im Westen zu errichten, eventuell ab nächstem Jahr mit Goldwater als Präsident verhandeln zu müssen. Die sowjetische Bestürzung über das Attentat hat allen Grund, echt zu sein.

Haben wir im Westen Ursache, vom Willen Kennedys abzugehen, der nicht aus Furcht verhandeln wollte, aber keine Furcht vor Verhandlungen zeigte? Wohl nicht. Seine Aera ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass er in der Konzeption der friedlichen Koexistenz — dank politischer Lenkung — auch für den Westen Nutzen zu erreichen vermochte. Die Aussichten auf den Frieden ohne Aufgabe unserer demokratischen Werte, vielmehr unter ihrer Stärkung, sind in dieser Zeit verbessert worden. Die Zusammenarbeit auf Gebieten, wo sie unerlässlich ist, wurde in Angriff genommen. Der Westen hat verstärkt die Initiative erhalten.

Es wäre falsch, diese dynamische Konzeption zugunsten einer Abkapselung aufzugeben, «weil der Täter von der Sowjetunion kam». Eine Reaktion dieser Art unter dem Druck einer emotionellen Empörung auf die Tat würde letzten Endes nur die Sowjetunion wieder auf die Linie Chinas und Kubas treiben. Castro und Mao hätten ein Interesse an einer Versteifung der westlichen Politik gegenüber Moskau. Das soll nicht heissen, dass wir den sowjetischen Kommunismus nicht weiter zu bekämpfen brauchen. Wir müssen ihn sogar mit Vordringlichkeit bekämpfen. Nur dürfen wir nicht auf die Waffen verzichten, die sich als geeignet erwiesen haben und im übrigen unumgänglich sind. Es sind dies die Waffen der westlichen Ausstrahlung, der westlichen Wirtschaftsmittel, der koordinierten westlichen Verhandlungen mit dem europäischen Sowjetblock.

Chruschtschew steht heute vor einer ähnlich schwierigen Lage wie im Herbst des letzten Jahres nach dem ihm aufgezwungenen Rückzug in Kuba. Damals half ihm Kennedy in staatsmännischer Klugheit, das Gesicht zu wahren. So wurde es der Sowjetunion ermöglicht, den amerikanischen Sieg überhaupt hinzunehmen. Heute muss nicht nur die amerikanische Führung, sondern die öffentliche Meinung der ganzen westlichen Welt eine ähnliche Klugheit an den Tag legen: sich von der Verantwortungslosigkeit eines Mörders nicht zur politischen Unvernunft erpressen zu lassen.

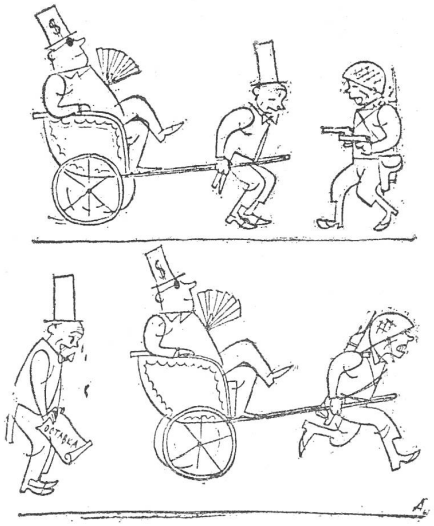
Die Kennedy-Zeit in der kommunistischen Karikatur

Kennedys Wahlsieg über Nixon war in der kommunistischen Welt (mit Ausnahme Chinas) als Abkehr von der Politik der Eisenhower—Dulles-Aera begrüsst worden, die im steifsten Kalten Krieg (U2-Abschuss, gescheiterte Gipfelkonferenz von Paris, Chruschtschews Schuhetrommeln vor der Uno) geendet hatte, nachdem der Ostblock dem «Geist von Camp David» abgesagt hatte. Aber auch der neue Präsident sollte bald im Mittelpunkt der Propaganda-Angriffe stehen, die sich seit der Ermordung Lumumbas im Februar 1961 steigerten und nach der missglückten Invasion Kubas zwei Monate später ihren Höhepunkt erreichten. Die direkte Unterredung Chruschtschew—Kennedy im Juni in Wien brachte noch keine sichtlichen Veränderungen. Der Herbst jenes Jahres brachte mit der Annahme des neuen Parteiprogramms, in der einmal mehr die Einholung der USA verkündet wurde, den Höhepunkt des sowjetischen Machtgefühls. Das folgende Jahr aber sah den wachsenden Konflikt mit China (1963 offen ausgebrochen) und wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten, denen im Herbst mit einer umfassenden Reorganisation nur ungenügend begegnet werden konnte. Hier boten sich für Kennedys offensive Friedenspolitik neue Aussichten, und der Ostblock machte die unangenehme Erfahrung, dass eine auch im Westen politisch gelenkte Koexistenzpolitik das eigene Lager aufzuweichen begann. Wendepunkt aber war die Kubakrise vom Oktober, wo Kennedys Entschlossenheit Chruschtschew zum Nachgeben zwang. Von hier an gewann die westliche Initiative im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis zusehends an Gewicht. Das Atomtestabkommen und die amerikanischen Weizenlieferungen an die UdSSR waren Ausdruck dieser letzten Epoche in der kurzen Präsidentschaft Kennedys.

Die Karikaturen, die in der kommunistischen Presse der Kennedy-Aera gewidmet sind, dienen gleichzeitig als Gradmesser für das Auf und Ab der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen in dieser wichtigen Geschichtsperiode.

Interessant ist die Tatsache, dass im engeren sowjetischen Herrschaftsbereich das Ansehen Präsident Kennedys nach der Kubakrise dauernd angestiegen war. Dank den erfolgreichen Anstrengungen von Präsident Kennedy kann die Raketenlücke wohl in nächster Zukunft geschlossen werden. Von dieser Position neuer Stärke aus gedachte er, die Verhandlungen zur Sicherung des Friedens konsequenter weiterzuführen. In einer jugoslawischen Karikatur kam beispielsweise die Gleichsetzung Chruschtschews und Kennedys als ebenbürtige Führer zum Ausdruck. Das erste wichtige Ziel war erreicht: dem sowjetischen Diktator konnte der Weg der offenen Aggression verbarrikadiert werden.

Eisenhowers Rücktritt 1960 war nach der gescheiterten Gipfelkonferenz von Paris in der Sowjetunion überaus gehässig kommentiert worden. Die «Strojtelnaja Gasjeta» vom 25. Mai jenes Jahres stellte ihn mit abgesägten Hosen auf dem Rückweg von Paris dar, die Koffer mit Drohungen und Druckpolitik selber tragend. Die Wahl Kennedys im Herbst wurde in der UdSSR als Ueberdruss der amerikanischen Bevölkerung gegenüber dem Kalten Krieg der Aera Eisenhower/Dulles dargestellt.



Kuliwechsel in Südkorea nach dem Umsturz in Söul im Mai 1961. In dieser Zeichnung des bulgarischen KP-Organs «Rabotnitschesko Delo» kommt das klassische Klischee des amerikanischen Dollar-Imperialismus zum Ausdruck, das im Ostblock übrigens auch während der Kennedy-Aera nie vergessen wurde. Nach der gescheiterten Kubainvasion einen Monat zuvor entsprach dies ganz der allgemeinen Linie.

Unverändert blieb auch in der Kennedy-Aera die Todfeindschaft Chinas gegenüber den USA. Sie kommt in diesem Propagandaplakat «Tod dem USA-Imperialismus» zum Ausdruck.

Die Kubakrise vom Oktober 1962 zwang die UdSSR zum Nachgeben. Das Gesicht suchte man mit der Interpretation eines Sieges der sowjetischen Friedensbemühungen zu wahren oder mit dem Hinweis auf die garantierte Unabhängigkeit Kubas. «Ich kann keine Alphabeten in meiner Klasse dulden», erklärt in dieser ostdeutschen Karikatur Uncle Sam.

Herausgeber: Schweiz. Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, Bern • Briefadresse: Postfach 1178, Bern-Transit • Telephon: (031) 27769 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Verwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 20.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 11.— (Ausland Fr. 13.50; DM 12.—). Einzelnummer Fr./DM —.50 • Postcheck III 24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt M.
Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Weltpolitische Notizen für den Unternehmer • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.